

Armut und Teilhabegerechtigkeit
Stiftung „Familien in Not“, Hildesheim
Dr. Hans-Jürgen Marcus, 27.01.2017

1. Vorbemerkung

Manchmal werden auch heute noch Menschen, die über geringe finanzielle Ressourcen verfügen als „sozial schwach“ bezeichnet. Bis in die Mitte unserer hoch ritualisierten Talkshows hinein, hört man diese Bezeichnung. Der Medienstar der Philosophen Richard David Precht gebraucht die Bezeichnung „sozial schwach“ in seinen Büchern genauso unbekümmert wie Politikerinnen und Politiker.

Ich frage: Wer ist eigentlich in unserer Gesellschaft sozial schwach? Sind es die Alleinerziehenden, die zur Armutsbevölkerung gehören und sich die Ausgaben für die Bildung ihrer Kinder vom Mund absparen? Erst vor einiger Zeit hat eine Studie des Deutschen Jugendinstitutes gezeigt, dass alleinerziehende Mütter bei deutlich höherem Beschäftigungsumfang genauso viel Zeit mit ihren Kindern verbringen wie andere Mütter. Und das zulasten der persönlichen Regeneration¹. Sind diese Mütter etwa sozial schwach? Oder sind sozial schwach vielleicht die Ackermänner und Winterkörner? Oder sind sozial schwach diejenigen, die keinen Blick für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität haben? Oder ist es vielleicht der Sozialstaat selber, der sich bei aller Wertschätzung für seine Errungenschaften in einigen Bereichen zunehmend in seiner sozialen Schwachheit präsentiert?

Im Dezember des letzten Jahres ist der Entwurf für den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgestellt worden und hat, obwohl es erst der Entwurf war, wie immer heftige öffentliche Debatten ausgelöst. Insbesondere um das Gutachten des Osnabrücker Politikwissenschaftlers Armin Schäfer, der sich im Auftrag von Bundesministerin Andrea Nahles mit dem Einfluss von Eliten und Vermögenden auf politische Entscheidungsprozesse beschäftigt hatte. Die Ergebnisse seiner Studien waren vom 1. zum 2. Entwurf des Berichtes weitgehend unter den Tisch gefallen. Durchaus ein wichtiges Thema, wenn wir über Armut reden (etwa Zeit online vom 15.12.2016).

¹ Zitiert nach Jurczyk, K./ Klinkhardt, J.: Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte, Gütersloh 2014, 88

2. Wer ist denn arm?

Versuchen wir uns der Frage zu nähern. Heribert Prantl schrieb vor längerer Zeit in der Süddeutschen folgendes:

„Es ist nämlich so: Das Leben beginnt ungerecht und es endet ungerecht und dazwischen ist es nicht viel besser. Der eine wird mit dem silbernen Löffel im Mund geboren, der andere in der Gosse. Der eine zieht bei der Lotterie der Natur das große Los, der andere zieht die Niete. Der eine erbt Talent und Durchsetzungskraft, der andere Krankheit und Antriebsschwäche. Der eine kriegt einen klugen Kopf, der andere ein schwaches Herz. Der eine ist sein Leben lang gesund, der andere wird mit einer schweren Behinderung geboren. Die Natur ist ein Gerechtigkeitsrisiko.“²

Mich erinnert dieses Zitat im guten Sinne daran, was die Idee unseres Sozialstaates ist. Es geht darum, Gerechtigkeitslücken zu schließen, Nachteilsausgleiche zu organisieren und zu verhindern, dass Armut erneut zu einer Frage individueller Verantwortung gemacht wird.

Es ist nämlich z.B. ein Unterschied, ob jemand in Berlin, Hildesheim, Bremen oder in Kalkutta arm ist. Wenn ein Kind Hunger hat, wenn es kein Trinkwasser gibt, wenn ein Kind kein Obdach hat oder immer frieren muss, wenn es keine Medikamente bekommt und krank bleiben oder sterben muss, dann ist es arm. Man kann sich leicht darauf verständigen, dass es hier um Armut geht. Die Fachleute sprechen von „**absoluter Armut**“ oder zunehmend auch von „**materieller Deprivation**“. „Mit „materieller Deprivation“ meint etwa der Rat der EU solche Haushalte, in denen vier von neun Merkmalen fehlen oder aus finanziellen Gründen nicht vorhanden sind (EU- Deprivationsindikator). Die Mittel, um die Wohnung anständig zu heizen, sich ein Auto leisten können oder aber auch, nicht an jedem zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit essen zu können – das sind solche Indikatoren. Der Anteil der Haushalte in Deutschland, die in diesem Sinne erheblich materiell depriviert sind, lag 2012 bei 4,9 %.

Sie kennen die Fachdebatte um den relativen und absoluten Armutsbegriff. Für uns ist hier wichtig: auch in Deutschland gibt es absolute Armut: Aufmerksamkeit benötigen deshalb Menschen mit mehreren Problemlagen (Wohnungslosigkeit, Krankheit, Sucht...). Häufig findet sich hier eine über Generationen verfestigte Armut. Die

² Prantl, H.: Korrektur des Schicksals, in Süddeutsche Zeitung 20./21. Februar 2010

Strategie, in dieser Gruppe Erfolge in der Armutsbekämpfung zu erzielen ist noch einmal ein sehr komplexes und schwieriges Thema.

In den Armutsdebatten unserer Tage wird in der Regel die Armutsdefinition der EU zugrunde gelegt. Die **Armutsrisikoschwelle** liegt danach bei einem Nettoäquivalenzeinkommen, das weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens (Medianeinkommen) beträgt³.

Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes von 2016 leben 15,9 % aller Niedersachsen, also etwa 1,2 Mio Menschen, unterhalb dieses 60 %- Medianeinkommens und haben damit im Monat weniger als 930,- Euro zur Verfügung.

Besonders sollte man hier ein Blick auf die Kinder und auf besonders problematische Regionen werfen. So hat die Bertelsmannstiftung im September 2016 Zahlen für Wilhelmshaven und Delmenhorst veröffentlicht: 30,9 % aller Kinder in Wilhelmshaven leben in Haushalten, die Grundsicherungsleistungen beziehen, in Delmenhorst sind es 30,3%. In ganz Niedersachsen leben 192.000 Kinder in Haushalten mit Grundsicherungsleistungen (14,6 %). Aber, Sie kennen die Zahlen wahrscheinlich besser als ich.

Eine wichtige Größe in der Armutsdiskussion ist die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums. Es geht um Menschen, die ggf. ergänzend zu anderen Einkünften Leistungen der **Grundsicherung** für Arbeitssuchende oder Sozialhilfe beziehen. Sie gelten als arm (bekämpfte Armut). Sie kennen die Debatten der letzten Jahre, in denen es bei der Regelsatzberechnung immer viel Willkür und Erfindung neuer Rechenmethoden gegeben hat. Beim letzten Mal musste das Bundesverfassungsgericht korrigieren.

Die Anzahl der Empfänger staatlicher Mindestsicherungsleistungen hat sich mit Inkrafttreten des SGB II und XII mehr als verdoppelt. Im Jahr 2009 leben 6,7 Mio Menschen von Sozialleistungen – darunter über 1,7 Mio Kinder unter 15 Jahren. In Deutschland ist die relative Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen

³ Damit man das Wohlstandsniveau von Personen unabhängig von der Größe und Zusammensetzung ihrer Haushalte vergleichen kann, wird das Nettoeinkommen jedes Haushaltes durch so genannte Bedarfsgewichte geteilt (1 für Haushaltsvorstand, 0,5 für die zweite erwachsene Person, und 0,3 für Kinder unter 15 Jahren, also 2,1 für Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren. Im Jahr 2009 bedeutet das für eine alleinstehende Person ein Nettoeinkommen von 940 € im Monat, für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren ein Nettoeinkommen von 1.974 €. Im Jahr 2009 lebten 15,6 % der Bevölkerung Deutschlands mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze, so das Bundesamt für Statistik im November 2011. Dabei sind Sozialtransfers (ALG II, Sozialhilfe, Kindergeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung im Alter) berücksichtigt. Sonst wären es ca. 26 %.

Industrienationen. Dies zeigt, wie sehr wir in unserem Land von einer Infantilisierung und Familialisierung der Armut sprechen müssen.

Armut, das wird hier sichtbar, hat immer etwas mit der Frage von Inklusion und Exklusion, von Integration und Ausgrenzung zu tun. Es ist klar, dass Armut unterschiedliche Dimensionen hat – nicht nur materielle. Aber Vorsicht: In unserer Gesellschaft ist Teilhabe ausgesprochen häufig an materielle Möglichkeiten gekoppelt. Darum benötigen wir einen Armutsbegriff, der die materielle Dimension nicht bagatellisiert und trotzdem im Blick hat, dass Armut weit über materielle Aspekte hinausgeht.

Kinder und Jugendliche sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind mit 17,5 % vertreten.

Wenn ein Kind in einem Kinderwagen gefahren wird, der auf Schuldenbasis angeschafft werden musste, wenn ein Kind ein doppelt so hohes Risiko hat, in seiner sprachlichen, sozialen und gesundheitlichen Entwicklung beeinträchtigt zu sein wie ein Kind aus finanziell gesicherten Familien, wenn ein Kind keinen Nachhilfeunterricht in Anspruch nehmen kann, weil das aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nur bei Versetzungsgefahr zu finanzieren ist, wenn ein Kind nicht zum Geburtstag der Freundin gehen kann, weil es die 6 Euro für das Geschenk nicht aufbringen kann, wenn ein Kind nicht in den Schwimmverein gehen kann, weil es den Mitgliedsbeitrag nicht finanzieren kann, dann ist es arm.

Das Thema ist zu groß, um es hier wirklich umfassend darzustellen. Ich möchte gern zu zwei wichtigen Bereichen einige Hinweise geben, zum Zusammenhang von Armut und Bildung und zu dem von Armut und Arbeitsmarkt. Und am Schluss einige Hinweise zur gesellschaftlichen Teilhabe von armen Menschen.

3. Armut und Bildung

Vor allem Bildung und Qualifizierung bieten in einer hoch entwickelten komplexen Gesellschaft und unter den Bedingungen der Globalisierung die Chance, einen Arbeitsplatz zu erhalten und so dauerhaft vor Armut gesichert zu sein. Dem steht das derzeitige deutsche System der

Schulbildung durch die herkunftsbedingte Zuweisung ungleicher Entwicklungschancen entgegen.

In Deutschland schaffen nach wie vor viele Menschen den sozialen Aufstieg nicht. Das zeigt auch der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Die **soziale Herkunft spielt die entscheidende Rolle**. Seit Jahrzehnten liegt die Zahl der Kinder von ungelernten Arbeitern, die wiederum ungelernete Arbeiter werden, mehr oder weniger unverändert bei 31 %. Während insgesamt die Quote der Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife abschließen von 32,5 % im Jahr 2009 auf 45,3 % im Jahr 2013 gestiegen ist, besuchen nur 22 % bzw. 23 % der Schüler, deren Vater bzw. Mutter keinen Hauptschulabschluss haben, das Gymnasium. Haben Vater oder Mutter einen Hochschulabschluss, sind es 76 %.

Ein wichtiger Faktor ist hier der **Migrationshintergrund**: 2013 lag der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss bei denen mit Migrationshintergrund bei ca. 11 %, bei denen ohne Migrationshintergrund bei 5 %. 15 % derer mit Migrationshintergrund erreichen die Allgemeine Hochschulreife, bei denen ohne Migrationshintergrund sind es 37,3 %.

Es besteht der Eindruck, dass in Deutschland eine neue Art von Klassengesellschaft entsteht. Diese ist zum einen gekennzeichnet durch größer werdende Unterschiede in Einkommens- und Vermögenshöhen (und damit in gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten). Sie ist aber vielleicht noch stärker gekennzeichnet durch die Abgrenzung zwischen aktiven Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern oder kümmern können und denen, die die Entwicklung ihrer Kinder laufen lassen oder laufen lassen müssen. 40 % der Eltern hilft seinen Kindern regelmäßig bei den Hausaufgaben. Was ist mit denen, die das nicht können? In keinem europäischen Bildungssystem ist die **Delegation von Bildungsverantwortung an das System Familie** so groß wie in Deutschland. Und was ist mit den Familien, die hier ihre Schwierigkeiten haben? Ich erinnere: Bei PISA ging es wesentlich um die Verfestigung von sozialen Herkunft in Deutschland.

Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder in Europa, in denen Kinder bereits nach vier Jahren gemeinsamen Lernens aufgrund ihrer Leistungen in verschiedene Schulformen separiert werden.

5,6 % der Schüler verlassen die Schule ohne einen Schulabschluss. Rund 80.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne einen Abschluss.

Insbesondere Kinder und Jugendliche in Armut profitieren von formellen Betreuungsformen für ihre schulischen Leistungen und für ihre Sozialentwicklung. Sie sind diejenigen, die etwa durch Ganztagschulen und Kinderkrippen mehr Chancen erhalten. Ich bin davon überzeugt, dass wir zu einer neuen Justierung von **Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung** und familiärer Zuständigkeit kommen müssen. Dazu ist es dringend notwendig, die institutionellen Rahmenbedingungen für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dies betrifft die Bereich Kindertagesstätten, aber insbesondere auch den Bereich der Schulen. Dabei geht es um grundlegende Fragen an unser Bildungssystem: um die Frage, wie viel Förderung insbesondere für Jugendlichen mit schwierigen Rahmenbedingungen möglich ist. Um die Frage, wie viel Selektion intendiert ist. Und natürlich um die Frage, wie man Schule so organisieren muss, dass möglichst viel Unterstützung für junge Menschen dabei heraus kommt ohne immer auf kompensierende Familien zurückzugreifen.

- Wir müssen im Bereich der frühkindlichen Bildung beginnen: Wir brauchen Anstrengungen, dass möglichst alle Kinder frühzeitig in die Kita gehen – auch und insbesondere die aus armen Elternhäusern. Als Lern- und Lebensort, der von fast allen gesellschaftlichen Gruppen genutzt wird, kann die Kita dazu beitragen, herkunftsbedingte Benachteiligungen schon früh auszugleichen. Von daher gilt es, nicht nur den quantitativen Ausbau, sondern auch die qualitative Weiterentwicklung von Kindertagesstätten weiterzuentwickeln. Notwendige Bildungs- und Orientierungspläne müssen mit notwendigen Ressourcen ausgestattet werden und Erzieherinnen müssen gerade für den Bereich der Sprachbildung weiter qualifiziert werden.
- Ein Schulsystem mit längeren Zeiten des gemeinsamen Lernens, um Selektion und Ungleichheit weitgehend zu vermeiden. Mehr individuelle Förderung in heterogenen Lerngruppen.
- Im Übergang von der Schule in den Beruf bracht es ein gestuftes Vorgehen mit flexiblen Förderbausteinen und Förderplänen, die Instrumente aus dem SGB II, III und VIII sinnvoll kombinieren.

Ich glaube, wir brauchen aber auch eine **neue durchgängige Bildungsidee**. Aus meiner Sicht geht es um eine Zielperspektive im Bildungsbereich, die immer die Entwicklung von Eigenverantwortung und

die Kompetenz für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Solidarität im Blick hat. Das wäre eine bildungspolitische Debatte, die ich mir für unser Land wünschen würde: Wie unterstützen wir die Erziehung zur Eigenverantwortung und zur Solidarität? Ich glaube, dass über eine solche Debatte in der Bildungspolitik wieder Leidenschaft entstehen könnte. Wir haben nämlich gesellschaftlich ein Problem: Nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels benötigen wir in Zukunft mehr Solidarität. Wir haben aber wenig Phantasie, wie wir sie gesellschaftlich produzieren können.

4. Armut und Arbeitsmarkt

Zwischen Arbeitsmarkt und Armut besteht die stärkste Korrelation. Besonders stark armutsgefährdet sind Arbeitslose. Über 70 % von ihnen leben mit einem Armutsrisiko. Bei den Erwerbstätigen liegt das Armutsrisiko bei 7,2 %. Bei Personen, die in Haushalten von Alleinerziehenden leben liegt die Armutsquote bei 43 %⁴.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist bei Menschen ohne Berufsausbildung um ein Mehrfaches höher als bei qualifizierten Erwerbslosen. Das strukturelle Problem ergibt sich bei den Personen ohne Berufsausbildung. Lag deren Arbeitslosenquote Mitte der 70er Jahre mit 5 % ungefähr doppelt so hoch wie bei den anderen Gruppen, liegt sie heute mit 20 – 25 % etwa drei bis viermal höher als die Quote der Personen mit Berufsausbildung. Deutschland belegt bei der Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten einen Spitzenplatz im internationalen Vergleich.

Aus meiner Sicht gibt es aus meiner Sicht derzeit drei Probleme auf dem Arbeitsmarkt:

1. Da ist zunächst einmal der **Fachkräftemangel**.

Sie kennen das Thema! Es betrifft fast alle Bereiche. Schon lange im Blick sind die Mintberufe. Auch das Handwerk! Aber auch die sozialen Berufe. In einigen Jahren werden in Niedersachsen 50.000 Pflegekräfte fehlen. Wollte man diesen Fehlbedarf beheben müsste jeder 3. Schulabgänger zukünftig in der Pflege tätig werden.

⁴ Zahlen nach Mikrozensus 2009)

Auch aus Gründen der Demographie wird man sich um schwächere Schüler kümmern müssen. Das könnte im Blick auf das Armutsthema auch eine Chance sein. Wenn in wenigen Jahren die Zahl in einem Jahrgang von 850.000 auf 800.000 Jugendliche zurückgegangen ist und bald schon auf 700.000 fallen wird, dann wird sichtbar, welche Bemühungen um die Rekrutierung von Fachkräften in einzelnen Bereichen unternommen werden müssen⁵. Heinz Bude schreibt dazu: „Man sieht sich angesichts eines durchschlagenden Fachkräftemangels jetzt genötigt, in die Populationsreserven zu investieren, die im Land selbst noch vorhanden sind. Man kann in einer solchen Situation 8 oder 10 Prozent eines Jahrgangs nicht einfach als Restgröße abschreiben. Die Hauptschule kann nicht länger als Parkbank für die Unterklasse hingenommen werden, das gesamte Bildungssystem muss vielmehr so renoviert werden, dass dieses brachliegende Arbeitskraftpotential wirtschaftlich genutzt und gesellschaftlich anerkannt werden kann.“⁶

2. Außerdem haben wir das **Problem der prekären Beschäftigungen**.

Die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, ist in Deutschland in den letzten Jahren gesunken. Die Gesamtzahl der Arbeitsverhältnisse hat einen Höchststand erreicht. Auch wenn man dazu sagen muss, dass sich das Arbeitsvolumen nur wenig vermehrt hat. Vermehrt haben sich die Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Ich will im kirchlichen Bereich anfangen: Ein Blick in die Zentralstatistik des Deutschen Caritasverbandes zeigt: Die Caritas hat in den letzten 20 Jahren um 43.000 Vollzeitäquivalente zugelegt. Nach Köpfen aber um 150.000. Das bedeutet einen massiven Ausbau von Teilzeitkräften. Teilzeitkräfte, die etwa in der ambulanten Pflege dreimal am Tag arbeiten müssen: morgens, wenn in den Familien die Kinder aus dem Haus gehen, mittags, wenn die Kinder aus der Schule kommen und abends, wenn die Kinder zu Bett gehen müssen. Wahrlich wenig attraktive Rahmenbedingungen. Trotz der Vergütung nach AVR – also der besten Vergütung, die der Pflegebereich zu bieten hat.

Ein wichtiges Thema sind aber auch die zunehmenden Befristungen von Arbeitsverhältnissen: Waren 2001 noch 6,1 % aller Arbeitsverhältnisse befristet waren es 2011 schon 9,5 %. Bei Neueinstellungen betrug der Anteil der Befristungen im Jahr 2011 nach Angaben des IAB 45 %.

⁵ Vgl. dazu Bude, aaO. 2011, 130

⁶ Bude, H.: Bildungsplanik. Was unsere Gesellschaft spaltet, München 2011, 10

Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten hat sich in Deutschland in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Die Zahl der Beschäftigten, die zur eigenen Existenzsicherung aufstockende Leistungen aus der Grundsicherung benötigen ist seit 2007 kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der Frauen in diesem Segment ist doppelt so hoch wie derjenige der Männer. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weist übrigens darauf hin, dass 34-43 % der Berechtigten keine ergänzenden Leistungen aus der Grundsicherung beantragen. Hier liegt eine wesentliche Ursache für verdeckte Armut. Häufig ist diese Nichtinanspruchnahme damit begründet, dass man Angst hat, es würde auf das Vermögen der Kinder zugegriffen.

3. Das dritte Problem ist das **der scharfen Exklusion bestimmter Zielgruppen** auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeit ist ein zentrales Element gesellschaftlicher Teilhabe! Glücklicherweise ist es in den letzten Jahren gelungen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Dabei ist aber nicht zu übersehen, dass die Erfolge eher in der Gruppe der arbeitsmarktnahen Arbeitslosen erzielt wurden. Nach wie vor beziehen 1,36 Millionen Menschen mehr als 2 Jahre Grundsicherungsleistungen, 500.000 Menschen sind seit Einführung des SGB II im Jahr 2005 arbeitslos. Es sind diese Menschen, die aufgrund des Rückbaus der öffentlich geförderten Beschäftigung immer weniger Möglichkeiten einer Teilhabe am Arbeitsleben haben.

Die Menschen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind zum Teil nahe am Arbeitsmarkt, zum Teil aber auch schon mehrere Jahre arbeitslos. Die Förderbedarfe sind demzufolge sehr verschieden. Eine effektive Förderung gelingt deshalb nur mit flexiblen Instrumenten. Gerade für arbeitsmarktferne Personen, die oft komplexe Problemlagen haben, kann die Integration in Erwerbsarbeit nicht immer unmittelbar gelingen, sondern allenfalls schrittweise. Über eine öffentlich geförderte Beschäftigung konnte bisher soziale Teilhabe ermöglicht und erste Schritte in Richtung Integration erprobt werden.

Menschen mit besonderen Schwierigkeiten am regulären Arbeitsmarkt wegen verfestigter Probleme benötigen Stabilisierungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote mit flexibler zeitlicher Dauer und zusätzlicher Unterstützung. Notwendig ist ein System, in dem die Förderung der Arbeitsuchenden einzelfallorientiert und passgenau erfolgt. Die Förderung von Menschen im SGB II muss an individuellen

Förderzielen ausgerichtet sein, wozu flexible Instrumente nötig sind. Bei Langzeitarbeitslosen müssen neben der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt auch die Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit sowie die soziale Teilhabe als Grundziele des SGB II anerkannt werden. Voraussetzung eines derartigen neuen Fördersystems sind dezentrale Entscheidungsspielräume, ein qualifiziertes Fallmanagement, eine Steuerung allein durch Zielvereinbarungen sowie ein wirksames Kontrollsystem.

Hier gibt es ja erste Diskussionen über ein Landesprogramm innerhalb der Landesregierung. Ich glaube, in den Wohlfahrtsverbänden gibt es hier viel Kompetenz. Hier sollte dringend das Gespräch stattfinden.

5. Armut und Teilhabe

Ich habe gefragt: Wer ist eigentlich in unserer Gesellschaft sozial schwach? Unsere Sprache verrät uns. Sie ist oft genug nicht inklusiv, sondern exklusiv und diskriminierend. Ich bin überzeugt: Wir müssen in Deutschland lernen, mit mehr Respekt von den Armen und über Armut und soziale Ausgrenzung zu reden⁷. Die unzulässigen Individualisierungen gesellschaftlicher Problemlagen sind zu vermeiden.

Deutschland hat eine große Tradition in der respektlosen Rede über Arme, Arbeitslose und an den Rand Gedrängte. Solche respektlose Rede findet sich immer wieder. Sie erinnern sich an den „kollektivem Freizeitpark“⁸, an das „Recht auf Faulheit“. An die Arbeitslosen, die als „Parasiten“ bezeichnet wurden und daran, dass die Anhebung der Regelsätze als „Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie“ bezeichnet wurden⁹. Respektloser Rede über arme Menschen müssen wir in Klarheit und Schärfe begegnen.

Wir haben auch im kirchlichen Bereich in den letzten Jahren viel über Teilhabe nachgedacht. Teilhabe bedeutet, dass Menschen Zugang zu sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten haben und über diese selber bestimmen können. Teilhabe führt als

⁷ Thilo Sarazin (Februar 2008): „Die Menschen werden sich überlegen müssen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können!"; Philipp Mißfelder (Februar 2008): „Die Erhöhung der Hartz IV Sätze ist ein Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie!"; Kurt Beck (Dezember 2006): „Wenn Sie sich waschen und rasieren, haben Sie in drei Wochen einen Job!"; Heinz Buschkowsky (Oktober 2006): „Die deutsche Unterschicht versäuft die Kohle ihrer Kinder!“...

⁸ „So sehr ich jedem von uns Freizeit gönne: Wahr ist auch, dass eine erfolgreiche Industrienation sich nicht als kollektiver Freizeitpark organisieren lässt (Regierungserklärung Kohl, 1993);

⁹ Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums 2005: „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, Abzocke!“

Konzept weg von einem Fürsorgekonzept hin zu einer Sichtweise, dass auch Menschen am Rande in erster Linie Bürgerinnen und Bürger unseres Staates und Teil der örtlichen Gemeinschaft sind. Darum werden wir neue Wege erkunden müssen, wie wir die betroffenen Menschen besser unterstützen können, ihre Anliegen selbst in die Hand zu nehmen und öffentlich zu vertreten. Teilhabe ist das Gegenmodell zu überholtem Paternalismus und zu überbordenden Helfersyndromen.

Eine gute Krieriologie für die Praxis caritativer Hilfe gibt das 2. Vatikanische Konzil im Laiendekret *Apostolicam Actuositatem*.

Nachdem der Text auf die Begründung der Würde des Menschen aufgrund seiner Gottebenbildlichkeit verweist und auf die daraus resultierende personale Freiheit heißt es weiter:

- „Zuerst muss man den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge tun, und man darf nicht als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist.
- Man muss die Ursachen der Übel beseitigen, nicht nur die Wirkungen.
- Die Hilfeleistung sollte so geordnet sein, dass sich die Hilfeempfänger, allmählich von äußerer Abhängigkeit befreit, auf die Dauer selbst helfen können.“¹⁰

Das Konzil hat hier eine Krieriologie entwickelt, die auch und gerade unseren fachlichen Standards für Teilhabe heute entsprechen.

Zeitgemäße Armutspolitik muss auch diesem Standard der Teilhabe gerecht werden.

¹⁰ Rahner, K./ Vorgrimler, H.: Kleines Konzilskompendium, Freiburg 4/1968, 399